

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Für oder wider den Ost-West-Handel

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1963) : Für oder wider den Ost-West-Handel, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 43, Iss. 7, pp. 268-275

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/133317>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Für oder wider den Ost-West-Handel?

BUNDESREPUBLIK:

Ausweitung des Osthandels - Vision oder Realität?

Wenn nicht alle Zeichen trügen, ist die Bundesregierung ernsthaft bemüht, das Schaltwerk im Osthandelsverkehr auf „gelbes Blinklicht“ zu drehen. An „grünes Licht“ ist im Handel mit den Ostblockländern noch nicht gedacht. Immerhin wird von Regierungsmitgliedern in jüngster Zeit auf politischen Veranstaltungen und internationalen Konferenzen immer wieder verkündet, daß von der Bundesrepublik auf einen steigenden Warenaustausch nicht nur mit der Sowjetunion, sondern mit allen Ostblockstaaten Wert gelegt wird.

Es sind dies erfreulicherweise nicht nur Erklärungen. Konkrete Maßnahmen — wengleich noch in beschränktem Umfange — wurden bereits getroffen oder sind in Vorbereitung, die von der Absicht einer Intensivierung des Osthandels Zeugnis ablegen. Bei dieser neuen handelspolitischen Leitlinie stimmt die Bundesrepublik erstmalig mit der Wirtschaft überein, die schon lange für eine Belebung des Osthandels plädiert.

Handelsfördernde Maßnahmen der Bundesregierung

An handfesten Bonner Maßnahmen ist der am 7. März dieses Jahres abgeschlossene neue Handelsvertrag mit Polen zu nennen. Er sieht nicht nur eine Erhöhung des Austauschvolumens vor. Als Novität muß besonders die Langfristigkeit — Laufzeit drei Jahre — hervorgehoben werden. Dies ist ein Entgegenkommen gegenüber einem von den Polen lange gehegten Wunsch, der ihrem Plandenken entspringt. Ein solch langfristiges Abkommen gab es bisher nur mit der Sowjetunion.

Ein weiteres Novum im Vertrag: In Warschau wird eine deutsche Handelsvertretung errichtet. Kein Konsulat — man hat auf die „Hallstein-Doktrin“ Rücksicht genom-

men. Die Vertretung wird die notwendigen Kontakte erleichtern können. Sie wird sich bemühen müssen, den schwerfälligen Mechanismus der staatlichen Außenhandelskontore des polnischen Handelspartners aufzulockern. Sie kann durch eine systematische und intensive Beobachtung an Ort und Stelle dazu beitragen, bessere Absatzmöglichkeiten zu schaffen. Die Gründung einer ständigen deutschen Vertretung war ein guter Einfall — wirtschaftlich und politisch.

Die Bundesregierung verhandelt zur Zeit auch mit Ungarn über die Errichtung einer solchen Vertretung. Das Warschauer Modell soll noch für weitere Ostblockländer als Prototyp dienen. Die Erneuerung des Ende dieses Jahres auslaufenden Handelsvertrages mit der Sowjetunion steht vor der Tür. Es ist zu erwarten, daß auch hier eine Ausweitung des Handelsvolumens ins Auge gefaßt worden ist. Die kürzliche Moskauer Mission von Berthold Beitz — dem schon fast legendären Vermittler zum Osten — wird unter den gegebenen Umständen als eine Sondierungsfahrt nicht nur für die Firma Krupp zu werten sein.

Im Sog der Bemühungen westlicher Konkurrenz

Welches sind die Gründe der Bundesregierung für ihre neuerliche nach Osten gerichtete politische Aktivität? Bundesminister Krone faßte es kürzlich in einem Satz zusammen: „... um ihnen (den Ostblockländern) zu helfen, durch wachsenden Wohlstand friedlicher zu werden.“

Man kann von solchen politisch-philosophischen Redensarten absehen. Die Beweggründe liegen primär im wirtschaftlichen Bereich. Das verlangsamte Wachstum des deutschen Außenhandels zwingt dazu, nach jeder Möglichkeit Aus-

schau zu halten, wie dieser unerwünschten Entwicklung begegnet werden kann. Der Konkurrenzdruck auf den Weltmärkten wird immer schärfer. Gravierend wirken noch die verstärkten Bemühungen der westlichen Konkurrenten im östlichen Wirtschaftsraum.

Besonders augenfällig ist die starke Kontaktwelle zwischen Großbritannien und dem Ostblock in diesem Frühjahr. Sicherlich sind die Anstrengungen Großbritanniens nicht zuletzt auch als eine Reaktion auf die in Brüssel zugeschlagene Tür zu werten. Mit Polen wurde kürzlich ein Fünfjahresvertrag unterzeichnet. Großbritannien ist der wichtigste westliche Abnehmer polnischer Agrarerzeugnisse. Mit der Sowjetunion wird über die Lieferung einer großen Raffinerie verhandelt. Man unterhielt sich mit Moskau über langfristige Kredite, über Erdöllieferungen und über die Erneuerung des Fünfjahresvertrages, der im kommenden Frühjahr ausläuft.

Auf allen internationalen Handels- und Industriemessen jenseits des Eisernen Vorhangs ist in letzter Zeit eine immense Verstärkung der Werbemaßnahmen der westlichen Konkurrenz zu beobachten.

Abbau bundesdeutscher Hemmnisse ...

Eine sensationelle Ausdehnung des deutschen Osthandels ist nicht zu erwarten. Zu viele Hemmnisse — hüben wie drüben — stehen noch einer echten Expansion im Wege.

Auf deutscher Seite bestehen Hindernisse in Gestalt der Embargoliste und in der restriktiven Behandlung der Zahlungsziele, die gemäß den Bestimmungen der Außenwirtschaftsverordnung einer Genehmigungspflicht unterworfen sind. Die Handelsverträge sind auf deutsches Verlangen hin zumeist kurzfristig. Die Industrie — beispielsweise — kann aber im östlichen Exportgeschäft nur dann erfolgreich arbeiten, wenn es Regelungen gibt, auf

die sie sich langfristig einstellen kann. Dazu gehören vor allem langfristige Verträge und Kreditierungsmöglichkeiten. Umständliche Ausschreibungspraxis, Fehlen der „Hermes“-Deckung und Engherzigkeit bei der Erteilung von Einreisegenehmigungen für östliche Geschäftspartner gehören zu den weiteren Faktoren, die nicht geeignet sind, einen Aufschwung im Ostgeschäft zu fördern.

Gewiß, der Bundesrepublik sind durch internationale Verpflichtungen Beschränkungen auferlegt. Durch den EWG-Vertrag — und jetzt besonders durch die gemeinsame Agrarpolitik — haben sich Schranken aufgetürmt. Auch für die Längerfristigkeit des Polenvertrages mußte erst eine Genehmigung des Rates eingeholt werden. Die NATO-Zugehörigkeit hatte die Röhrenembargo-Kalamität verursacht. Vielleicht sollte sich aber der deutsche „Musterschüler“ — im Interesse einer Forcierung des Osthandels — mehr an das Beispiel seiner westlichen „Klassenkameraden“ halten.

... und östlicher Barrieren erforderlich!

Barrieren stehen natürlich auch auf der östlichen Seite. Der dem System immanente Hang zur Autarkie, die langfristigen Pläne, die bilateralen Handelsverträge, das Fehlen der Liberalisierung, die Verpflichtungen im COMECON, die akute Devisenknappheit — das alles sind Tatbestände, die eine Expansion des Außenhandels in beiden Richtungen sehr erschweren.

Immerhin hat Chruschtschow erst kürzlich wieder (am 2. Juli 1963 in Berlin) das Interesse am Handel mit der Bundesrepublik bekundet. Er sprach von „gewaltigen potentiellen Möglichkeiten“ in diesem Bereich. Vielleicht hat bei ihm der schwelende Konflikt mit China gewisse Aversionen gegen eine zu große wirtschaftliche Isolierung vom Westen ausgelöst. Die Bundesregierung sollte jedenfalls ihre Chancen nutzen.

Für wirtschaftliche und politische Annäherung

Im Osthandel sind, solange der Staat den Warenaustausch mit dem Osten bejaht, alle geeigneten Maß-

nahmen zu begrüßen, die dazu beitragen können, die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Ost und West zu intensivieren und die sich bietenden geschäftlichen Möglichkeiten auszuschöpfen.

Künstliche Hemmnisse sind nicht vereinbar mit visionären Vorstellungen über die Ausweitung des Handelsvolumens. Eine solche Vision kann leicht zum Trugbild werden. Es sollte daher — aus wirtschaftlichen wie politischen Gründen — alles unternommen werden, um einer echten Expansion des deutschen Osthandels zur Realität zu verhelfen. (fw)

GROSSBRITANNIEN:

Osthandel im Bann traditioneller Handelsströme?

Osteuropa war für England nie ein so wichtiger Handelspartner wie für Deutschland, und auch heute liefern britische Fabrikanten weniger Industriewaren in die Sowjetunion als die westdeutschen Industriellen.

In der Einfuhr von Maschinen und Industrieausrüstungen in die Sowjetunion erschien Großbritannien im Jahre 1960 an achter Stelle — hinter den vier Satellitenstaaten, die eine nennenswerte Produktionsmittelherzeugung besitzen, und der Bundesrepublik, Finnland und Frankreich.

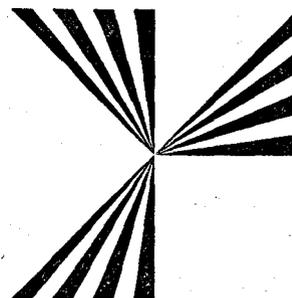
Von Zeit zu Zeit bemühen sich einige interessierte Wirtschaftskreise, den „roten Handel“ anzukurbeln, aber erst in den letzten Jahren haben sich amtliche Stellen

und weitere Industriekreise angesichts des langsamen Wachstums im Handel mit dem Commonwealth und der Gefahr zunehmender Diskriminierung gegen britische Waren auf dem Gemeinsamen Markt stärker für eine Expansion des Warenabsatzes in Osteuropa interessiert. Im Mai besuchte eine Delegation führender Geschäftsleute im Auftrage der Handelskammern von London und Birmingham die UdSSR, um die Möglichkeiten einer Handelsausweitung an Ort und Stelle zu prüfen.

Vom Dreiecksgeschäft ...

So unbedeutend auch die Sowjetunion als Abnehmer britischer Industrieerzeugnisse ist, so wären doch russische Käufe von Rohstoffen aus dem Commonwealth in der

ernsprechen ernschreiben



SEL

sprech- und Fernschreibtechnik · Anlagen und Geräte für Funk, Weiterverkehr und Navigation · Rundfunk, Fernsehen, Phono · Signal-, Sicherungs- und Regeltechnik · Elektronische verarbeitende Systeme · Rohrpost- und Förderanlagen · Kabel und Leitungen · Elektrische und elektronische Bauelemente STANDARD ELEKTRIK LORENZ AG STUTTGART

... die ganze Nachrichtentechnik

Vergangenheit nicht gleichermaßen geringfügig. Die Sowjets importieren Kautschuk aus dem Malaiischen Bund, Kakao aus Ghana, Kupfer aus Rhodesien, Wolle aus Australien usw. Sie finden dort aber keinen Absatz für ihre Überschuberzeugnisse. Die russische Handelsbilanz für diese Staaten ist daher stark passiv, die für England dagegen stark aktiv. Wenn die Sowjets ihre Einfuhr aus Übersee-Sterlingländern durch einen Exportsaldo in Großbritannien zu finanzieren trachten (und britische Fabrikanten dann Industriewaren in das Commonwealth liefern), so paßt das durchaus in das Dreiecksschema des britischen Handels mit dem Commonwealth einerseits und europäischen Ländern andererseits.

Es fehlt den Russen aber an geeigneten Waren für den englischen Markt, eine Tatsache, die sie faktisch dadurch anerkennen, daß sie einen großen Teil ihrer Rohstoffbezüge aus dem Sterlingbereich, unter denen die Wiederausfuhr von Welthandelswaren aus England nicht ohne Bedeutung ist, in Gold bezahlen. Sie argumentieren nun, daß sie britischen Fabrikanten mehr Industriewaren, insbesondere Kapitalgüter, nur abkaufen können, wenn England der Sowjetunion noch mehr Rohstoffe — vor allem Erdöl und Holzprodukte — sowie auch Maschinen und Konsumwaren abnimmt.

Es war ein wesentlicher Zweck des Besuchs, der in England als die wichtigste Handelsmission seit der Oktoberrevolution bezeichnet wurde, die Möglichkeiten für eine Ausweitung der Sowjetausfuhr nach Großbritannien zu prüfen. Die Russen ihrerseits versprochen, den gesamten Erlös zusätzlicher Verkäufe nach England für Einkäufe in Großbritannien zu verwenden.

...zur Gegenseitigkeit?

Das entspricht der sowjetischen Politik, die in letzter Zeit eine Ausdehnung der Wirtschaftsbeziehungen mit Großbritannien zu begünstigen scheint, und zwar zum Teil wohl aus politischen Motiven — die Episode des Röhrenembargos zeigte, wie leicht Mißverständnisse zwischen den westlichen Alliierten

provoziert und ausgenutzt werden können —, hauptsächlich aber aus wirtschaftlichen Gründen: Die Sowjetwirtschaft ist nicht imstande, den Maschinen- und Anlagenbedarf für den projektierten rapiden Aufbau der Industrie allein zu decken, und bedarf zusätzlicher Lieferungen aus dem Ausland, insbesondere für die chemische Industrie und, wenn Chruschtschow seine Versprechungen an die russische Bevölkerung erfüllen will, auch für die Lebensmittelverarbeitung und Verbrauchsgüterwirtschaft.

Auf dem letztgenannten Gebiet hat die Sowjetwirtschaft noch besonders viel aufzuholen und zu lernen. Hier und in der Herstellung chemischer Apparaturen sind britische Maschinenbauer auch besonders leistungsfähig, und die Gewährung der erforderlichen längerfristigen Kredite durch die britischen Behörden oder mit ihrer Hilfe sollte im gegenwärtigen Wirtschaftsklima in England ebenfalls verhältnismäßig leicht sein.

Reelle Chancen trotz Handicaps

Es fehlt also nicht an guten Gründen, warum die Russen mehr Maschinen und komplette Anlagen in England kaufen wollen. Die Preise und Lieferfristen britischer Herstellerfirmen scheinen ihnen zuzusagen, wie auch die englischen Lieferanten im allgemeinen sowjetische Aufträge nicht mehr mit Argwohn betrachten, weil sie technische Geheimnisse und „know-how“ ihrer heimischen Klienten preisgeben müssen und weil sie mit den Preisen und Zahlungszielen zufrieden sind.

Die Hauptschwierigkeit liegt noch immer darin, daß die Russen nur in solchen Waren zahlen können, die England lieber von seinen traditionellen Lieferanten in Skandinavien (Holz und Zellstoff), im Nahen Osten (Erdöl) und im Commonwealth (landwirtschaftliche Produkte) beziehen möchte. Die Sowjets ihrerseits beklagen sich, daß sie durch die Zölle der Freihandelszone benachteiligt werden, ähnlich wie englische Firmen, die in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft unter einem Zollhandicap leiden.

Schwerer fällt aber die Tatsache ins Gewicht, daß die Sowjets keine Erfahrung in der Belieferung des englischen Marktes besitzen — einige wenige Rohstoffe ausgenommen — und auch beim Absatz von zeitweiligen Überschüssen an solchen Waren wie Zinn und Blei so ungeschickt vorgingen, daß sie unnötige Störungen verursachten.

Gemeinsame Wünsche — aber auch unterschiedliche Interessen!

Diese Schwierigkeit ließe sich vielleicht aus dem Wege räumen, wenn der englisch-russische Handelsverkehr stetiger verlief. Die Sowjets sind jetzt bereit, Abkommen auf fünf Jahre abzuschließen. Dreijahresabkommen laufen mit den meisten anderen kommunistischen Ländern, und diese zeigen ebenfalls starkes Interesse an einer Ausweitung ihres Handels mit England.

Polen und die Tschechoslowakei scheinen noch am ehesten imstande zu sein, geeignete Waren für den englischen Markt zu Weltmarktpreisen zu liefern. Die polnische Ausfuhr nach England besteht hauptsächlich aus Lebensmitteln; die Tschechoslowakei will mehr Glas, Porzellan, Möbel und Musikinstrumente verkaufen. Es mag sogar möglich sein, über diese Länder einen Lieferausgleich für die vom Sowjetblock gewünschte Steigerung britischer Industrielieferungen zu finden, wenn der kommunistische Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe entsprechende interne Abmachungen treffen kann.

Der britische Handel mit den Satelliten vollzieht sich zur Zeit auf streng bilateraler Grundlage, und bisher deutet nichts darauf hin, daß die osteuropäischen Staaten, so gern sie auch aus den verschiedensten Gründen ihre Handelsbeziehungen mit Westeuropa und Großbritannien im besonderen intensivieren möchten, die Rolle der traditionellen Handelspartner Englands wirkungsvoller übernehmen können. So wünschenswert eine Entfaltung des britisch-sowjetischen Handelsverkehrs auch im Interesse einer politischen Entspannung sein mag, sind ihr doch wirtschaftlich enge Grenzen gezogen. (A.)

ITALIEN: Um Ausweitung des Osthandels bemüht

In Italien steht die Diskussion über Zweckmäßigkeit und Vorteile des Osthandels wesentlich weniger im Rampenlicht der öffentlichen Meinung als in der Bundesrepublik Deutschland, auch wenn dem Warenaustausch mit dem Ostblock im Rahmen des gesamten italienischen Außenhandels ein nicht unerhebliches Gewicht zukommt.

Ein wesentlicher Grund zu einer gelasseneren Betrachtungsweise dürfte einmal darin liegen, daß die Entfernung Moskaus von Bonn doch beträchtlich geringer ist als die von Rom. Ferner grenzt die Bundesrepublik an die Ostzone, also unmittelbar an einen Satellitenstaat. Es ließe sich allerdings einwenden, daß Italien Jugoslawien zum Nachbarn hat, das gleichfalls zum Kreis der kommunistischen Länder gerechnet werden muß. Immerhin gehört es aber politisch nur bedingt dazu und bedeutet für Italien eher eine Absicherung als einen Grund zur Sorge. Die Beurteilung der Wirtschaftsbeziehungen zum Osten erfolgt also in Rom weniger nach politischen Gesichtspunkten, als dies in anderen „empfindlicheren“ Ländern der Fall ist.

Enge Handelsbeziehungen...

Der Warenverkehr mit den Ostblockstaaten weist ein nicht unerhebliches Defizit für Italien auf: Betrug das Außenhandelsdefizit Italiens im Handel mit den kommunistischen Staaten (UdSSR, Ungarn, Rumänien, Polen, Tschechoslowakei, Bulgarien, Sowjetzone, Jugoslawien, Albanien und Chinesische VR) 1961 noch 5,3 Mrd. Lire, so war es 1962 schon auf 47,5 Mrd. Lire angewachsen. Die gesamten Einfuhren aus diesen Ländern beliefen sich 1961 auf 246,4 Mrd. Lire

bei einem Gesamtvolumen der italienischen Einfuhren von 3 264,5 Mrd. Lire; für 1962 lauten die Daten 276,3 Mrd. Lire bzw. 3 785,2 Mrd. Lire. Der Prozentanteil der Einfuhren aus dem Osthandel an der Gesamteinfuhr Italiens ging in dem genannten Zeitraum von 7,5 % auf 7,3 % zurück; der Ausfuhrückgang war jedoch wesentlich stärker: von 9,2 % 1961 (bei einer Ausfuhr von 241,1 Mrd. Lire in die kommunistischen Länder und einem Gesamtexport Italiens von 2614,3 Mrd. Lire) auf 7,8 % 1962 (228,8 Mrd. Lire bzw. 2916,3 Mrd. Lire). Der absolut größte Anteil im Osthandel Italiens entfällt auf die UdSSR, dann folgen Jugoslawien, Rumänien, Polen, die Tschechoslowakei, Ungarn, Bulgarien, die Chinesische Volksrepublik, die Sowjetzone und schließlich Albanien mit dem weitaus geringsten Anteil.

Die Ursache ist wohl hauptsächlich in der italienischen Wirtschaftsstruktur und -entwicklung zu suchen. Italien verfügt bekanntlich nur über spärliche natürliche Rohstoffquellen; zum anderen hat der steigende Lebensstandard als Folge der konjunkturellen Aufschwünge der letzten Jahre zu einer erhöhten Nachfrage nach solchen Lebensmitteln wie Fleisch und Eier geführt, die die heimische Landwirtschaft nicht mehr selbst zu decken imstande ist. Als Bezugsländer boten sich die Staaten hinter dem „Eisernen Vorhang“ an. Das Schwergewicht der italienischen Einfuhren aus Polen liegt beispielsweise bei Steinkohle und Eiern, bei Einfuhren aus der Tschechoslowakei auf dem Holz- und Glassektor, aus Ungarn auf dem Rindfleischsektor, aus Rumänien bei Mais und Holz und aus Bulgarien bei Eiern. Die

Importe aus Jugoslawien bestehen zum größten Teil aus Holz und Fleisch.

Die letztjährige Liberalisierung der Fleischeinfuhr, die ein Ansteigen der inländischen Preise verhindern sollte, hat sich gerade im italienisch-jugoslawischen Handel in einer erheblichen Zunahme der italienischen Fleischimporte ausgewirkt: an die Stelle des italienischen Aktivsaldo der Handelsbilanz mit Jugoslawien ist damit nunmehr ein Defizit getreten. Einen wesentlichen Posten im Warenaustausch mit der Sowjetunion stellt die Einfuhr von sowjetischem Rohöl dar. Sie betrug 1961 5,4 Mill. t und 1962 6 Mill. t.

... politisch erwünscht, wirtschaftlich notwendig

Auf italienischer Seite ist man an einer Ausweitung des Osthandels aus zwei Gründen besonders interessiert. Einmal ist man der Ansicht, der Handel sei ein geeignetes Instrument zur Dämpfung der internationalen Spannungen. Zum anderen ist man im Hinblick auf das beängstigende Anwachsen des Passivsaldo im gesamten italienischen Außenhandel und auf die seit neuester Zeit eingetretene Passivierung der Zahlungsbilanz an jeder zusätzlichen Absatzmöglichkeit interessiert. Man ist sich aber bewußt, daß eine der wesentlichen Voraussetzungen für die Förderung der Absatzchancen auf Grund des Prinzips der Gegenseitigkeit in einer Steigerung der Importe besteht.

In diesem Lichte werden die Rohöleinfuhren aus der UdSSR, zu denen Enrico Mattei, der zu Lebzeiten unternehmungslustige, jetzt verstorbene Präsident des ENI den Anstoß gab, bewertet. Die Einfuhren setzten im Anschluß an die

VEREINSBANK IN HAMBURG

ÄLTESTE HAMBURGER GIROBANK

ZENTRALE: HAMBURG 11, ALTER WALL 20-30, TELEFON 361 061
36 FILIALEN UND ZWEIGSTELLEN IN GROSS-HAMBURG, CUXHAVEN UND KIEL

Suezkrise ein, als das Öl aus Mittelost von einem Tag auf den anderen nicht mehr geliefert wurde. Das Geschäft mit sowjetischem Rohöl erlaubte es Italien, sich mit billigem Energierohstoff einzudecken, und brachte gleichzeitig seinen Handel mit der UdSSR in Gang. Mattei wirkte damals sozusagen als „Katalysator“. Er trug damit zu einer Ausweitung des italienischen Exportmarktes bei.

Wer Italien vorwirft, es habe sich zu sehr vorgewagt, bedenkt nicht, daß diese Importe den beträchtlichen italienischen Rohölbedarf nur in beschränktem Maße decken. Man hat sich grundsätzlich auch an die Absprachen innerhalb der EWG gehalten, wonach die Rohöleinfuhren aus der UdSSR nicht mehr als etwa 15% des Inlandsverbrauches betragen sollten.

Tatsache ist, daß Italien auf diese Weise in erheblichem Umfang seine Ausfuhr vor allem an Investitionsgütern steigern konnte: So exportiert es in den Ostblock u. a. Maschinen und Stahl, aber auch synthetische Fasern und Stoffe sowie Südfrüchte.

Unkomplizierte Haltung . . .

Im Ölbezugsabkommen war von italienischer Seite die Lieferung von chemischen Anlagen und Ölleitungsrohren (aus dem Produktionsprogramm der Finsidergruppe, zum IRI-Konzern gehörig) vorgesehen. Die Embargofrage ist in diesem Zusammenhang jedoch nie angeschnitten worden. Die Diskussion in der Bundesrepublik um das Röhrenembargo hat in Italien nur ein schwaches Echo ausgelöst. Von einer Stellungnahme sieht man ab — es lasse sich kein Urteil abgeben, jedes Land müsse seine Entscheidungen nach eigenem Ermessen und Gutdünken treffen. Von offizieller italienischer Seite wird allerdings betont, daß Italien sich stets um Einhaltung aller von ihm im „Cocom“ übernommenen Embargo-Verpflichtungen bemüht habe.

Daß der Handel mit den Ostblockländern auch weiterhin auf dem bilateralen Wege und auf Kontingentsbasis erfolgt, wird von italienischer Seite nicht als übermäßig

störend empfunden. Die Zentralbanken der Ostblockländer werden ihrerseits wohl auch nicht traurig über die Aktivsalden gegenüber Italien sein, da sie dank der Konvertibilität der Lira zur Deckung von Warenbezügen in anderen Ländern eingesetzt werden können.

... auch der Unternehmen im Ostgeschäft

Was die einzelnen Osthandelsgeschäfte betrifft, wird darauf Wert gelegt, daß die Zahlungsziele grundsätzlich fünf Jahre nicht überschreiten. Die betreffenden Firmen sind auch davor gewarnt worden, sich übermäßig im Osthandel zu engagieren, da er auf Grund der staatlich gelenkten Außenwirtschaft von einem Tag zum anderen unterbunden werden könne.

GRIECHENLAND: Osthandel ökonomisch gesehen

Seit jeher steht der Ost-West-Handel im Schatten der großen Politik. Dementsprechend gibt es auch in Griechenland verschiedene Beurteilungsweisen. Jedoch kann schlechthin gesagt werden, daß dabei in der Regel sachliche Überlegungen gegenüber Ideologie und Ressentiment überwiegen.

So steht man dem Ost-West-Handel im großen und ganzen positiv gegenüber, weil man einerseits glaubt, daß der Status quo des „kalten Friedens“ dadurch erhalten bleiben könne, und andererseits vor allem, weil die Wirtschaft Griechenlands den Ost-West-Handel nicht als etwas Verdammungswürdiges abschreiben kann.

Chronisch defizitäre Handelsbilanz

Denn im Zuge des steigenden Sozialprodukts infolge erhöhter Investitionen in den letzten zehn Jahren ist die Einfuhr Griechenlands sehr schnell gestiegen, während die Ausfuhr wegen der geringen Aufnahmefähigkeit der traditionellen Absatzmärkte für griechische Güter und wegen der ungünstigen terms of trade für das labile griechische Angebot nur geringfügig zugenommen hat.

In den italienischen Wirtschaftskreisen ist man allerdings der Ansicht, diese Gefahr solle nicht überschätzt werden: führe doch jeder Güteraustausch nicht nur zu einem persönlichen Verhältnis zwischen Käufer und Verkäufer, sondern häufig auch zu Zusatzlieferungen.

Diese Einstellung bestätigt die Unabhängigkeit im Denken der italienischen Unternehmer, die ohne viel Rücksicht auf politische Überlegungen — „die nur zu Verzögerungen führen“ — sich dort einsetzen, wo sie einen wirtschaftlichen Vorteil erspähen. Die Ausweitung des italienischen Osthandels ist zu einem wesentlichen Teil der unternehmerischen Initiative zu verdanken. (G. F.-H.)

Zwischen den Jahren 1953 und 1960 erhöhte sich das Handelsdefizit Griechenlands von 114,0 Mill. auf 311,8 Mill. \$. Der negative Saldo der griechischen Handelsbilanz belief sich 1961 auf 326,9 Mill. \$ und erreichte im vergangenen Jahr 365,5 Mill. \$.

Ausfuhrförderung unerläßliche Entwicklungsbedingung

Angeichts dieser chronischen Passivität der Handelsbilanz mußte die Wirtschaftspolitik des Landes im allgemeinen und die Handelspolitik insbesondere darauf abgestimmt werden, das krasse Mißverhältnis der Außenhandelspositionen einer Korrektur zu unterziehen, um dem Inflationsdruck und der Belastung der Devisenreserven Einhalt zu gebieten.

Alle bisherigen Regierungen haben daher die Ausfuhrförderung als *conditio sine qua non* für die wirtschaftliche Entwicklung Griechenlands betrachtet.

Der seit den ersten Nachkriegsjahren anhaltenden geringen Bereitschaft der westeuropäischen Märkte, griechische Erzeugnisse aufzunehmen, konnte Griechenland nicht anders entgegenwirken, als

die Ausfuhr in die Ostblockländer unter allen Umständen zu forcieren.

Dafür, daß sich die Stellung Griechenlands zum Ost-West-Handel ausschließlich von ökonomischen Kriterien hat leiten lassen, zeugen indessen die Maßnahmen, die von einer ausgesprochen westlich orientierten Regierung — unter Ministerpräsident Karamanlis — ergriffen worden sind, wie z. B. der Ministerratsbeschuß vom Januar 1958 sowie die Verordnung des Außenhandelsrates des Handelsministeriums im April 1959, wodurch das griechische Interesse am Osthandel sehr deutlich bekundet wurde.

Parteien weitgehend neutral

Nun findet man aber manche politische Kreise in Griechenland, die vor einer „Bigamie“ des griechischen Handels mit Ost und West warnen und eine eindeutige Orientierung in Richtung auf den Westen verlangen. Dies ist aber nicht die herrschende Meinung. Die politischen Parteien Griechenlands, wie z. B. die ERE („Nationale Radikale Union“) des am 11. 6. 1963 zurückgetretenen Ministerpräsidenten Karamanlis und die stärkste Oppositionspartei, die „Union des Zentrums“ unter dem ehemaligen Ministerpräsidenten Papandreou, sowie die „Partei der Progressiven“, stimmen darin überein, daß die auswärtigen Handelsbeziehungen Griechenlands von außenpolitischem Ballast befreit sein sollten. Gewiß wird hierbei die Problematik des Osthandels nicht übersehen, und in

dieser Hinsicht werden Maßnahmen empfohlen, die den Osthandel mancher politisch-taktischen Praktiken berauben könnten.

Die „Union der demokratischen Linken“ (EDA), in der zum größten Teil die verbotene Kommunistische Partei Griechenlands repräsentiert wird, tritt demgegenüber für einen einseitigen und keiner Beschränkung unterliegenden Ausbau des griechischen Außenhandels mit „den östlichen Nachbarn“ ein.

Expandierender Osthandel — rezessiver Westhandel

In den letzten zwei Jahren hat der Außenhandel Griechenlands mit den kommunistischen Ländern (Bulgarien, Sowjetzone, UdSSR, Ungarn, Polen, Rumänien, Tschechoslowakei und der Chinesischen VR) folgendermaßen ausgesehen: 1961 belief sich die Einfuhr aus diesen Ländern auf 60,13 Mill. \$. Im Jahre 1962 stieg sie auf 61,10 Mill. \$. Die Ausfuhr in den gleichen Jahren zeigte folgendes Bild: 1961 = 52,18 Mill. \$, 1962 = 53,61 Mill. \$.

Der dominierende Teil in den griechischen Ausfuhrkategorien in die oben genannten Länder bestand aus Agrarerzeugnissen (Tabak, Baumwolle, Rosinen und frischen Früchten). Die Einfuhr Griechenlands aus diesen Staaten verteilte sich auf folgendes Warensortiment: Land- und forstwirtschaftliche Erzeugnisse, industrielle Rohstoffe und Investitionsgüter. Betrachtet man ferner die regionale Struktur des griechischen Außenhandels in

dem gleichen Zeitraum, so stellt man fest, daß der Ostblock die vierte Stelle unter den wichtigsten Handelspartnern Griechenlands — hinter der EWG, Nordamerika (USA und Kanada) und dem Sterlinggebiet — eingenommen hat.

Die Ausweitung des östlichen Anteils an der griechischen Ausfuhr ist durch eine sukzessive Abnahme des westeuropäischen Anteils ermöglicht worden. Dazu haben neben der Nichtaufnahmereitschaft der westeuropäischen Märkte für griechische Exportgüter auch die verlockenden Preisangebote, die günstigen Zahlungsbedingungen, die Vertretung durch hervorragende Fachleute und Kenner des Landes und eine intensive Werbung seitens des Ostblocks eine Rolle gespielt. So bezogen die genannten kommunistischen Länder im Jahre 1962 26 % der gesamten griechischen Ausfuhr gegenüber 10 % im Jahre 1956. Der Anteil beim Import betrug in den entsprechenden Zeiträumen 8,9 % und 4,6 %.

Im Exportwettbewerb mit eigenen Waren

Der auf Clearing oder Kompensationsbasis beruhende Handelsverkehr des Ostens wird nicht immer durch konforme handelspolitische Maßnahmen realisiert. Betrachten wir nun den griechischen Handel mit den Ostblockstaaten, dann stellen wir fest, daß sich der Osthandel ganz offensichtlich sehr oft wettbewerbsfremder Manipulationen bedient hat.

Sie können besser disponieren . . .



INTERNATIONALE FRANKFURTER MESSE

... wenn Sie die Internationale Frankfurter Herbstmesse besuchen. Das gilt besonders für Ihre mittel- und kurzfristigen Dispositionen zum bevorstehenden Wintergeschäft.

Messeausweise im Vorverkauf:

Kaufen Sie Ihren Messeausweis vorher, Sie sparen Geld! Vorverkauf bei allen Industrie- und Handelskammern, Handwerkskammern sowie Groß-, Einzelhandels- und Handelsvertreterverbänden.

25.—29. August 1963

Folgendes Beispiel mag dies illustrieren: Um freie Devisen erhalten zu können, kaufte 1961 der Osten die wichtigsten griechischen Ausfuhr Güter wie Tabak, Korinthen, Feigen und insbesondere Baumwolle zu überhöhten Preisen, um sie zur Beschaffung von Devisen in Hartwährungsgebiete zu re-exportieren. Und es war dabei für den deutschen Importeur günstiger, griechische Baumwolle aus der Sowjetunion als direkt aus Griechenland zu beziehen. Griechenland stand damit auf den westlichen Märkten im Wettbewerb mit seinen eigenen Waren, und zwar zu Bedingungen, gegen die es nicht hat ankommen können. Nach Schätzungen der Frankfurter Bank (vgl. hierzu: Länderbericht — Griechenland, Juli 1962, S. 49) erfolgten im Jahre 1961 10% der gesamten westdeutschen Bezüge griechischer Produkte über den Ostblock. Griechische Baumwolle wurde sogar zu fast 90% aus dem Osten bezogen.

Zu den negativen Auswirkungen des Osthandels auf Griechenland gehören schließlich u. a.: die schlechte Qualität der meisten osteuropäischen Waren, die Nichteinhaltung der vereinbarten Lieferfristen und die Schwierigkeit der Beschaffung von Ersatzteilen.

COMECON- und EWG-Entwicklung bestimmen Zukunft

Die im Rahmen der Assoziierung Griechenlands mit der EWG den griechischen Agrarprodukten auf dem Gemeinsamen Markt zugesprochenen Begünstigungen haben bereits eine Umorientierung des griechischen Außenhandels hervorgerufen. So war der Außenhandel Griechenlands mit den Ostblockländern schon im ersten Quartal des Jahres 1963 gegenüber der Vergleichszeit 1962 rückläufig. Die Einfuhr ging von 14,1 Mill. \$ auf 13,0 Mill. \$, die Ausfuhr von 21,9 Mill. \$ auf 20,2 Mill. \$ zurück.

Ob dieser Trend weiterhin abnehmend verlaufen wird, hängt nicht nur davon ab, ob die griechische Wirtschaft die erforderlichen Umstellungen angesichts des neuen Marktes rechtzeitig vollziehen wird, sondern auch davon, ob die zur Autarkie tendierende Wirtschafts-

politik des Ostens die im Rahmen des COMECON ausgearbeiteten „Grundsätze der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung“ wird durchführen können. In diesem Zusammenhang darf allgemein gesagt werden, daß sowohl die östlichen wie auch die westlichen Integrationsbestrebungen auf die weitere Entwicklung des Ost-West-Handels nicht ohne Einfluß sein werden.

Osthandelsförderung — aber mit gezielten Maßnahmen

Im Hinblick darauf, daß sich Griechenland in der Phase des „take off“ seiner Entwicklung befindet,

in der relativ hohe Kosten beim Funktionieren der Wirtschaft entstehen, ist Griechenland als ein Land, dessen Einfuhr nur zu 40% (wie im Jahre 1962) durch Exporte gedeckt wird, darauf angewiesen, seinen Handel auch mit den Ostblockländern zu fördern.

Hierbei sollten allerdings im Rahmen der bilateralen Verträge Regelungen getroffen werden, die z. B. Reexportverbotklauseln beinhalten und das Weltmarktpreisniveau als Verrechnungsgrundlage bei den jeweiligen Transaktionen akzeptieren. (Pds.)

BRASILIEN: Einmütig für den Osthandel

Brasilien zählt heute zu den wenigen Ländern Lateinamerikas, dessen Regierungsform auch im europäischen Sinne als demokratisch bezeichnet werden kann. Die hier herrschende völlige Meinungsfreiheit äußert sich auch in der Frage des Ost-West-Handels. Gegen ihn wenden sich lediglich wenige Politiker der rechten Flügel einiger Parteien und solche Presseorgane, die mit Washington in enger Beziehung stehen. Der Widerstand der katholischen Kirche richtet sich wohl gegen die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, doch nicht gegen den Handel mit den kommunistischen Ländern. Selbst die konservativen Schichten der Gesellschaft — Großgrundbesitzer, Industrielle und Kaufleute — haben sich paradoxerweise positiv zum Warenaustausch mit dem Osten geäußert.

Hoffnung auf neue Märkte

Diese fast einmütige Stellungnahme für solche Kontakte ist in gleicher Weise wirtschaftlich, politisch und sozial bedingt. Die wirtschaftlichen Ursachen liegen auf der Hand. Die Außenhandelsbilanz verzeichnet seit 1951 ständig ein Defizit. Die brasilianische Ausfuhr besteht zu 64—86% aus Holz, einigen Mineralien, Leder, Baumwolle und aus Lebensmitteln — Kaffee, Kakao —, deren Absatz in die gesättigten westlichen Länder immer schwerer wird. Der Kaffee allein

repräsentiert 35—74% der Exporte. Zur Zeit, als in Brasilien am meisten über den Ost-West-Handel debattiert wurde, erreichten die Kaffee-Einfuhren der kommunistischen Länder nur folgende Anteile: deutsche Sowjetzone 0,89%, Sowjetunion 0,13%, Polen 0,43%, Ungarn 0,63%, Tschechoslowakei 0,39%. Im gesamten Welthandel war dieses Produkt zwischen 1946 und 1961 jedoch mit durchschnittlich 1,63% vertreten. Der ungesättigte Bedarf der Oststaaten scheint also große Prospekte zu bieten. Gleichzeitig erwartete man von den Ostblockstaaten die Lieferung von Ausrüstungsgütern und Brennstoffen. Bei der intensiven Industrialisierung des Landes kann der Bedarf an solchen Produkten aus den westlichen Ländern nur durch ein schweres Opfer in harter Währung befriedigt werden.

Nachdem 1950 der erste Vertrag mit einem kommunistischen Land (Tschechoslowakei) abgeschlossen wurde, sind inzwischen Handelsbeziehungen mit fast allen Staaten des Ostblocks angeknüpft worden. Seit der Quadros-Krise wurden auch Handelsmissionen mit Kontinentalchina ausgetauscht. Die Beziehungen zur Sowjetzone schlugen sich in dem ersten formell unterschriebenen Abkommen zwischen dem Banco do Brasil und der Deutschen Notenbank nieder (23.9.1958), dem am 15.12.1959 ein neuer Handelsvertrag zwischen

der Deutschen Notenbank und der Brasilianischen Nationalbank für Wirtschaftliche Entwicklung folgte. Das Gesprächsprotokoll, das am 28. 5. 1961 in Ostberlin durch die João Dantas-Mission unterschrieben wurde, löste jedoch wegen der möglichen staatsrechtlichen Implikationen eine scharfe Diskussion in der brasilianischen Presse aus und führte zum Rücktritt des Generalsekretärs des Außenministeriums.

Die vertraglichen Regelungen der Handelsbeziehungen Brasiliens mit dem Osten werden seit Ende 1962 durch ein interministerielles Organ (COLESTE) überwacht, dem auch die Förderung des Ost-West-Handels obliegt. Wenngleich der Anteil der Gebiete, die sich heute unter kommunistischer Herrschaft befinden, am brasilianischen Außenhandel die Rekordhöhe von 1913 (7,8 % bei der Einfuhr und 9 % bei der Ausfuhr) nicht wieder erreicht hat, stieg er doch von 1957 bis 1961 von 2,8 % auf 4,8 % (Einfuhr) bzw. 3 % auf 5,3 % (Ausfuhr).

Trotz dieser Erweiterung des Handelsvolumens haben sich die hochgesteckten brasilianischen Erwartungen bisher nur zum Teil erfüllt. Nicht nur erscheint der Umfang des bisherigen Warenaustausches gemessen an den Möglichkeiten als zu gering, auch blieb in den meisten Fällen die Warenbilanz passiv. Man übersieht natürlich nicht die Schwierigkeiten, die sich immer beim Verkehr zwischen Staatshandel und freiem Handel ergeben. Vorwürfen an die sowjetische Adresse, die Russen seien zu Konzessionen nur dann bereit,

wenn das allgemeine politische Klima für sie ungünstig sei, stehen Äußerungen Polens gegenüber, durch die Brasilien autarkistischer Bestrebungen beschuldigt wird. Doch sind die beiderseitigen ständigen Bemühungen um eine raschere Ausdehnung des Handelsverkehrs nicht ohne Erfolg geblieben. Dafür zeugte zuletzt das nach dreimonatigen Verhandlungen im April dieses Jahres mit der Sowjetunion abgeschlossene Handels- und Zahlungsabkommen, in dem eine Erhöhung des Handelsvolumens, das 1962 etwas über 70 Mill. \$ erreicht hatte, auf 160 Mill. \$ im ersten Jahr und auf 200 Mill. \$ und 225 Mill. \$ in den beiden folgenden Jahren vorgesehen wurde.

Bumerangwirkung der US-Propaganda

Wenn Brasilien positiv zum Osthandel eingestellt ist, entspringt solche Haltung auch einer Aversion gegen manches Nordamerikanische. Die große „brain-washing-Aktion“ der USA während des letzten Krieges, durch die es ihr schließlich gelang, Brasilien zur Aufgabe seiner Neutralität zu veranlassen, hat die Wirkung eines Bumerangs gehabt. Jene pro-russische Propagandawelle ist nicht ohne nachhaltige Wirkung gerade auf die junge Generation an den Hochschulen gewesen, die sich heute in Schlüsselstellungen befindet und geneigt ist, nach Lösungen sowjetischen Musters zu suchen. Weiter hat die Ungarn-Krise das verbliebene Vertrauen in den Wert amerikanischer Hilfsversprechen zu tiefst erschüttert.

Kommunistischer „demonstration effect“

Schließlich haben auch die schweren sozialen Probleme des Landes, die der einheimische „Frühkapitalismus“ bis jetzt nicht zu lösen vermochte und die sich in der Verteilung des Nationaleinkommens, der Schulbildung, im Gesundheitswesen u. a. äußern, dazu beigetragen, daß die Erfolge der kommunistischen Welt gerade auf diesen Gebieten, die doch in verhältnismäßig kurzer Zeit erzielt worden sind, hier einen stärkeren „demonstration effect“ hatten, als man normalerweise erwarten könnte.

Die hohen Soziallasten, die man etwa im Falle der schnellen Industrialisierung durch kommunistische Wirtschaftsplaner tragen müßte, schrecken die große Masse der Bevölkerung, die materiell fast nichts zu verlieren hat, keineswegs. Trotz der Abschaffung der Sklaverei kommt die kolonialistische Mentalität auf fast allen Gebieten des öffentlichen und privaten Lebens immer noch zur Geltung; typischer Beweis ist die gegenseitige säkulare Ausbeutung durch die Inflation, so daß die Bevölkerung sich an diese Art von Exploitation gewöhnt hat und auch auf andere totalitäre staatliche Mißbräuche in der Zukunft vorbereitet ist.

Was hier über Brasilien gesagt wurde, gilt im großen und ganzen auch für die anderen lateinamerikanischen Länder. Denn die für die Stellungnahme gegenüber dem Ost-West-Handel bedeutsamen Faktoren sind fast überall die gleichen. (6-y)

Die DEUTSCHE BUNDESBAHN

befördert jedes Gut jeder Zeit

- Moderne Güterwagen, auch für schwerste Güter
- Großbehälter verschiedener Art
- Paletten für rationellen Versand
- Güterkraftverkehr

sind nur einige der von ihr gebotenen Möglichkeiten.

Darum



- Transport Ihr Vorteil

Bundesbahndirektion Hamburg